

Pressemitteilung

31.08.2021

Ein Jahr Afrikanische Schweinepest

Bauernverband fordert wirksamere Maßnahmen zur Bekämpfung der ASP

(DBV) Anlässlich einer Sonder-Agrarministerkonferenz zur Afrikanischen Schweinepest (ASP) fordert der Deutsche Bauernverband gemeinsam mit den von der ASP betroffenen Landesbauernverbänden eine noch stärkere Bekämpfung der Seuche in Deutschland. Vor einem Jahr ist die Afrikanische Schweinepest zum ersten Mal im Wildschweinbestand in Deutschland aufgetreten. Trotz Monitoring und Eindämmungsmaßnahmen ist der Seuchendruck durch ständige Wildschweinwanderungen aus Polen in Deutschland weiterhin hoch. Die ASP breitet sich entlang der Grenze nach Norden und Süden aus. Über 2000 Fälle wurden inzwischen vom Friedrich-Loeffler-Institut (FLI) bestätigt.

Der **DBV-Veredlungspräsident und Präsident des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes, Hubertus Beringmeier**, fordert, die Wildschweinwanderung aus Polen zukünftig noch wirkungsvoller zu unterbinden: „Die Bekämpfung dieser Tierseuche ist eine überregionale Aufgabe, die aktuell bereits rund 10 Landkreise und kreisfreie Städte in zwei Bundesländern betrifft. Um der für die Schweine tödlichen Tierseuche endlich Herr zu werden, bedarf es der Umsetzung eines regionenübergreifenden, gut koordinierten Schutz- und Bekämpfungskonzeptes entlang des gesamten Grenzverlaufs zu Polen.“

Die Präsidenten der betroffenen Landesbauernverbände machen sich große Sorgen um die Schweinehalter in den östlichen Bundesländern: „Die Einrichtung einer Wildschweinebarriere durch den Bau des zweiten festen Zauns in ca. 1 km Abstand ergänzend zu dem bereits errichteten durchgängigen Wildschweinezaun entlang der gesamten deutsch-polnischen Grenze, muss vorangetrieben und schnellstmöglich abgeschlossen werden“, fordert der DBV-Vizepräsident und **Präsident des Bauernverbandes Mecklenburg-Vorpommern, Detlef Kurreck**. Nach Fertigstellung dieses Korridors müsse dieser durch Umsetzung eines wirksamen Entnahmekonzeptes eine wildschweinfreie Zone werden und bleiben.

„Mit Beginn des Herbstes muss die Entnahme des Schwarzwildes auch in den bestehenden Restriktionszonen mit allen geeigneten Maßnahmen verstärkt vorgenommen werden. Das Virus darf sich in den bereits betroffenen Gebieten nicht weiter ausbreiten. Vielmehr muss alles daran gesetzt werden, die Seuche im Land zu tilgen“, sagt **Torsten Krawczyk, Präsident des Sächsischen Landesbauernverbandes**.

Unter der derzeitigen Seuchensituation leiden am meisten die Schweinehaltungsbetriebe in den Restriktionszonen. Trotz Ertragsschadensversicherung, die Nachteile nur über einen begrenzten Zeitraum ausgleicht, kommen auf die Tierhalter Kosten für zusätzliche Beprobungen der Schweine, für erheblich weitere Transportwege zu einem Schlachthof sowie erhebliche Preisabschläge bei der Vermarktung zu. „Die aktuellen Restriktionszonen werden uns nach

derzeitigem Stand noch mehrere Jahre erhalten bleiben. Es muss daher dringend ein Weg gefunden werden, dass wir Schweinehalter in den von ASP betroffenen Gebieten eine dauerhafte, angemessene finanzielle Entschädigung für diese erheblichen Nachteile bekommen“, fordert der **Präsident des Landesbauernverbandes Brandenburg, Henrik Wendorff**. Andernfalls sehen sich noch mehr Landwirte gezwungen, mit der Tierhaltung aufzuhören.

| | |
|---------------|--|
| Autor | Deutscher Bauernverband |
| Rückfragen an | DBV-Pressestelle |
| Telefon | 030-31904-240 |
| Anschrift | Claire-Waldoff-Str. 7, 10117 Berlin |
| Copyright | DBV |
| E-Mail | presse@bauernverband.net |
| Homepage | www.bauernverband.de |
| Twitter | @Bauern_Verband |
| Facebook | @DieDeutschenBauern |